



Algerien nach der Wahl: Politische Implikationen der Kontinuität

**Armin Hasemann, FES Algier
April 2009**

- Am 09.04.2009 ging der amtierende Präsident Abdelaziz Bouteflika erwartungsgemäß als Sieger aus den Präsidentschaftswahlen hervor. Nach offiziellen Angaben entfielen auf ihn 90,2 Prozent der Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 74,5 Prozent.
- Präsident Bouteflika konnte damit am 19.04.2009 zum dritten Mal in sein Amt eingeführt werden, nachdem das Parlament bereits im Herbst 2008 mit der Billigung einer Verfassungsänderung den Weg für ein drittes fünfjähriges Mandat frei gemacht hatte.
- Als eine seiner ersten Amtshandlungen berief Präsident Bouteflika erneut den scheidenden Premierminister Ahmed Ouyahia in sein Amt. Auch Spekulationen, nach denen dieser bei der Zusammenstellung seiner Regierungsmannschaft ganz überwiegend auf bekanntes Personal in alter Funktion zurückgreifen würde, haben sich bestätigt.
- Während die Kontinuität in der Führung des ressourcenreichen Landes damit bis auf Weiteres gesichert sein dürfte, sind wichtige innen- und außenpolitische Weichenstellungen sowie immer dringlicher erscheinende wirtschafts- und sozialpolitische Reformen vorerst in weitere Ferne gerückt.

Nach mehrwöchigem, von der Bevölkerung fast unbeachtetem Wahlkampf fanden in Algerien am 09.04.2009 Präsidentschaftswahlen statt. Wie erwartet, ging der amtierende Präsident Abdelaziz Bouteflika als stolzer Sieger aus diesem Wahlgang hervor. Wie Innenminister Yazid Zerhouni am Tag nach der Wahl in Algier bekannt gab, entfiel auf den 72-jährigen ehemaligen Unabhängigkeitskämpfer ein Stimmenanteil von 90,2 Prozent bei einer Wahlbeteiligung von 74,5 Prozent – traumhafte Zahlen, wie sie selten geworden sind seit dem ausgehenden 20. Jahrhundert.

Unter den fünf nur mit Mühe kurz vor der Wahl mobilisierten Gegenkandidaten konnte einzig Louisa Hanoune, Chefin der trotzkistischen Arbeiterpartei (Parti des

Travailleurs, PT) einen Achtungserfolg erringen. Auf sie entfielen 4,22 Prozent der Stimmen, ein Anteil der in etwa dem ihrer Partei bei den Parlamentswahlen von 2007 entspricht und darauf hindeutet, dass es der PT gelungen ist, ihre eigenen Anhänger zu mobilisieren. Die vier übrigen Kandidaten, allesamt ohne politisches Gewicht, konnten jeweils zwischen 0,9 und 2,3 Prozent der Stimmen verbuchen.

Während Beobachter der Afrikanischen Union, der Arabischen Liga und der Organisation der Islamischen Konferenz den Wahlgang als glaubwürdig und transparent qualifizierten, sprachen Vertreter aller großen Oppositionsparteien von massiven Unregelmäßigkeiten. Wähler berichten von quasi

unbeaufsichtigten Wahllokalen, in denen spielende Kinder Zugang zu den Stimmzetteln und Wählerlisten gehabt haben sollen. Auch den Unbeteiligten überrascht angesichts des allgegenwärtigen Desinteresses der Bevölkerung und überwiegend leerer Wahllokale die offiziell angegebene Höhe der Wahlbeteiligung, auch wenn Beschäftigte staatlicher Stellen und Unternehmen der Aufforderung, ihren Bürgerpflichten nachzukommen, aus wohlüberlegten Gründen überwiegend nachgekommen sein mögen. Gut informierte Quellen sprechen deshalb von einer genuinen Wahlbeteiligung von maximal 20 Prozent.

Während einer Feierlichkeit im Palais des Nations konnte Präsident Bouteflika damit am 19.04.2009 wunschgemäß vor handverlesenem Publikum zum dritten Mal in das Amt des Staatspräsidenten eingeführt werden. Nachdem das Parlament bereits im Herbst 2008 die vom Präsidenten eingebrachte Gesetzesvorlage zur Änderung der Verfassung ohne Debatte verabschiedet und damit den Weg für die Übernahme weiterer fünfjähriger Mandate frei gemacht hatte, waren die wesentlichen Hindernisse bereits ein halbes Jahr vor dem Urnengang beseitigt. Dies umso mehr, als angesichts dieser Entwicklungen sämtliche Ernst zu nehmenden potenziellen Oppositionskandidaten erklärt hatten, die Verfassungsänderung nicht nachträglich durch ihre Kandidatur legitimieren zu wollen. Ironischer Weise erwies sich letztlich gerade die Mobilisierung von Gegenkandidaten, die zum Abhalten ‚echter‘ Wahlen nun einmal erforderlich waren, als größte Hürde, die erst in letzter Minute mit der Bestätigung der Kandidatur einiger politischer Außenseiter ohne nennenswerte Reputation und Basis durch die staatliche Wahlkommission genommen werden konnte.

Der kurze aber professionell organisierte Wahlkampf mit Plakaten, Talkshows,

Mailings und SMS-Aktionen und einer Vielzahl von Wahlkampfveranstaltungen im ganzen Land, die der weitgehenden gesundheitsbedingten Unsichtbarkeit des Präsidenten während der beiden letzten Amtsjahre Hohn sprachen, ergänzt durch die zahlreichen Solidaritätsveranstaltungen der Massenorganisationen hat den Steuerzahler gleichwohl Millionen gekostet. Entschädigt wird er dafür mit einiger Wahrscheinlichkeit durch eines der zahlreichen Wahlgeschenke, die Bouteflika bei diesen Gelegenheiten den Bauern – denen ihre Schulden erlassen werden –, den Studenten – deren monatliches Stipendium um rund 50% auf künftig umgerechnet 40 Euro pro Trimester angehoben werden soll – und anderen Zielgruppen gemacht hat oder durch eines der versprochenen neuen Investitionsprogramme, die die Staatskasse in den kommenden Jahren mit weit über 100 Mrd. Euro belasten werden. Ein strategischer Vorteil des Amtsinhabers, den dieser durch die hohen Einnahmen aus dem Erdölgeschäft der vergangenen Jahre noch besser ausnutzen konnte als bei den vorangegangenen Präsidentschaftswahlen von 2004.

Die neue Regierungsmannschaft entspricht im Wesentlichen der alten. Kurz nachdem Präsident Bouteflika wenige Tage nach seiner Amtseinführung dem Protokoll entsprechend den Rücktritt des Premierministers Ahmed Ouyahia und seiner Regierung angenommen hatte, berief er den scheidenden Premier erneut in sein Amt. Gleichzeitig wurde am 27.04.2009 – mit der einzigen Ausnahme eines auf eigenen Wunsch ausgeschiedenen ehemaligen Ministers ohne Ressort – die komplette Regierungsmannschaft in alter Funktion wieder eingesetzt.

Während damit ein das politische Geschehen seit Monaten monopo-

lisierendes und augenscheinlich sämtliche intellektuellen und kreativen Kapazitäten bindendes Ereignis mit vorbestimmtem Ausgang zu einem für die Beteiligten erfolgreichen Ende gekommen und die Kontinuität in der Führung des ressourcenreichen Landes bis auf Weiteres gesichert ist, scheinen wichtige innen- und außenpolitische Weichenstellungen sowie immer dringlicher erscheinende wirtschafts- und sozialpolitische Reformen vorerst in weitere Ferne gerückt und die Desillusionierung des überwiegenden Teils der Bevölkerung im Nachhinein gerechtfertigt.

Implikationen der Kontinuität

Der Preis der Kontinuität sind das Fortbestehen von innenpolitischer Zersplitterung, eine außenpolitische Desorientierung und immer spürbarer werdende wirtschaftliche und soziale Erschütterungen.

Innenpolitisch bleiben die beiden Kernfragen nach der Aufarbeitung der Terrorerfahrungen der 90-er Jahre des vergangenen Jahrhunderts und dem Verhältnis von Religion, Staat und Gesellschaft unbeantwortet.

Als Ergebnis der während der Terrorjahre gemachten Erfahrungen sind zwischenmenschliche Beziehungen bis heute generell durch Vorurteile und Misstrauen geprägt, die einen offenen Umgang miteinander, die Suche nach Verständigung und Versöhnung ebenso behindern wie aktives gesellschaftliches Engagement und in der Konsequenz eher zu Rückzug aus der Gesellschaft, innerer oder äußerer Emigration und Radikalisierung führen. Nach der Diskreditierung traditioneller Werte und Lebensweisen durch den Terrorismus und den zunehmenden Autismus des Regimes fehlt ein gemeinsamer, historisch-politischer Bezugsrahmen und Grundwertekanon, was die Verbreitung extremistischer Ideen, den moralischen Verfall und die Degradierung von Werten

und Normen des Zusammenlebens befördert. Öffentliche Räume zum Austausch von Gedanken und Ideen existieren kaum und selbst unabhängigen Medien gelingt es aufgrund verschiedener Formen staatlicher Einflussnahme und mangelnder Professionalität kaum, ihrer Rolle entsprechend eine informierte politische Öffentlichkeit zu schaffen.

Soziale und zivilgesellschaftliche Kräfte sind – nicht zuletzt aufgrund geschickter staatlicher Einflussnahme und der massiven Abwanderung von Intellektuellen und Kreativen – tief gespalten und werden stärker von der Konkurrenz einzelner Führungspersönlichkeiten als durch klare sachlich-programmatische Positionen und Visionen geprägt. Der innergesellschaftliche Dialog ist mithin auf allen Ebenen äußerst schwach ausgeprägt. Dem gegenüber befördert die Kooptation der Islamisten durch die Staatsführung einen schleichenden Wandel des öffentlichen Lebens vor allem in den großen Städten, das seinen einst typisch mediterranen Charakter zunehmend zugunsten aus Zentralarabien importierter Verhaltensmuster einbüßt und in dem Radio- und Fernsehkanäle mit religiösem Inhalt und durch den Gebetsruf unterbrochene Nachrichten- und Unterhaltungssendungen an die Stelle von Straßencafés und Musikfestivals treten.

Diese Umstände haben in der Bevölkerung die Hoffnung auf Veränderung fast vollständig erlöschen lassen, was auch den Umstand erklärt, dass sowohl der Wahlgang selbst als auch der Wahlausgang in der Bevölkerung unaufgeregt und emotionslos aufgenommen wurde. Die Nationale Versöhnung (*Réconciliation nationale*), Prestigeprojekt der zweiten Amtszeit Präsident Bouteflikas, das einseitig auf die Amnestierung und Reintegration von Extremisten setzt, ohne der Rolle der Staatsgewalt in Gewaltakten und dem

Schicksal Tausender Verschwundener Beachtung zu schenken, ist bei Weitem nicht ausreichend, um hier Orientierung zu bieten oder Antworten auf die Frage nach dem zukünftigen Gesellschaftsmodell zu finden. Insbesondere wenig organisierte Gesellschaftsgruppen wie junge Menschen und Frauen, deren Ansichten weder bei zentralen Weichenstellungen für die Zukunft des Landes noch bei sie selbst betreffenden Angelegenheiten gehört oder gar berücksichtigt werden, fühlen sich jeder Form der Mitbestimmung oder Mitgestaltung beraubt. Aufgrund der alarmierenden Situation im Bildungsbereich und der Abkopplung von der internationalen Wissensgesellschaft haben junge Menschen darüber hinaus wenig Chancen, sich im Beruf oder in anderen Aktivitätsbereichen zu verwirklichen und sehen für sich kaum ein Zukunft in ihrem Heimatland.

Außenpolitisch bleibt Algerien weit hinter den ihm durch seine geostrategische Lage und den Reichtum an Ressourcen zufallenden Möglichkeiten zurück und verharrt weiter in Passivität und Bedeutungslosigkeit, wie zuletzt anhand der Reaktionen auf den Gazakrieg nachzuvollziehen war. Die dort gezeigte und auf ein striktes Minimum beschränkte Solidaritätsbekundung mit dem palästinensischen Volk drängte sich in doppelter Weise als Konzession an die islamistische Strömung innerhalb des Regierungslagers aber auch an die öffentliche Meinung auf und entsprang kaum dem Willen, als Ernst zu nehmende Stimme in dem Konflikt gehört zu werden: Eine Politik der zwei Geschwindigkeiten, die zwei Diskursen gehorcht, deren einer auf den nationalen Kontext bezogen ist, während der andere minimalen Erwartungen der restlichen Welt gerecht wird, ohne allerdings den Anspruch zu erheben, eine Wirkung zu erzielen. An regionalen und internatio-

nen Diskursen sind Algerier kaum beteiligt.

Im Verhältnis zu den nordafrikanischen und europäischen Nachbarländern dominieren ideologische Fragen und alte Feindbilder eine auf das Eigeninteresse der engsten Machtelite zugeschnittene Außenpolitik und verhindern eine echte Annäherung und Integration. Die wirtschaftlich bedeutsame Frage der Beziehungen zwischen Algerien und der Europäischen Union bleibt offen. Selbst die Umsetzung des 2002 mit der EU abgeschlossenen

Assoziierungsabkommens erfolgt nur sehr schleppend, notwendige Reformen und damit verbundene Modernisierungsschübe bleiben aus. Der politische Liberalisierungsprozess tritt auf der Stelle und fehlende Rechtssicherheit, ein unterentwickelter Dienstleistungs- und Logistiksektor und das Fehlen einer kohärenten Politik verhindern umfangreichere ausländische Direktinvestitionen. Auch fehlt es an alternativen oder weiter führenden Entwürfen und Initiativen von algerischer Seite, was den Eindruck einer gewissen Orientierungslosigkeit bei der Wahrung mittel- bis langfristiger, strategischer nationaler Interessen hinterlässt.

Im wirtschaftlichen und sozialen Bereich monopolisiert die Staatsmacht die Deutungs- und Initiativhoheit für sämtliche Vorgänge und Projekte, wobei der kompromisslose und unbegründete Optimismus in Bezug auf die soziopolitische und wirtschaftliche Situation die Entscheidungsträger in Reglosigkeit verharren lässt. Es fehlt auf allen Ebenen und in allen Bereichen an mittel- bis langfristigen Entwicklungsstrategien, verlässliche Statistiken und Analysen zur soziopolitischen und wirtschaftlichen Situation und den Perspektiven liegen kaum vor. Die Irrelevanz algerischer Forschungseinrichtungen für die Entwicklung von

Politikvorschlägen ist dabei auch dem desaströsen Zustand der Schul- und Hochschulbildung zuzuschreiben, die seit fast drei Jahrzehnten im Verfall begriffen ist und ihr einst im regionalen Maßstab herausragendes Niveau vollständig zugunsten von Konformität und Mittelmäßigkeit eingebüßt hat.

So besteht die fast vollständige Abhängigkeit des Landes vom Rohölexport ungemindert fort. Die reichen Erlöse der vergangenen Jahre dienen dabei vor allem der Stützung des Wechselkurses – und damit der Quersubventionierung sämtlicher Importe, unter denen Nahrungsmittel und Konsumgüter den Löwenanteil ausmachen – sowie der Realisierung von Infrastrukturmaßnahmen. Sicherlich notwendig, werden diese Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, der Wasser- und Abwassersysteme sowie im Wohnungsbau allerdings ganz überwiegend von ausländischen Firmen mit ausländischen Arbeitskräften realisiert. Ihre Wirkung zur Steigerung der Produktivität der heimischen Industrie, zur Förderung von Investitionen und zur Schaffung von Arbeitsplätzen ist daher gleich Null. Die elementaren Bedürfnisse der Bevölkerungsmehrheit nach einem angemessenen Lebensstandard bleiben damit weitgehend unbefriedigt, so dass sich Enttäuschung und Hoffnungslosigkeit immer häufiger in Ausschreitungen und Kriminalität ein Ventil suchen. Der Druck auf die Regierung dürfte sich umso stärker erhöhen als die Fortdauer der internationalen Wirtschaftskrise in den industrialisierten Ländern die Nachfrage nach Energie drosselt und somit das Staatssäckel zunehmend schmaler werden lässt. Bereits im April 2009 haben sich Staatseinnahmen im Vergleich zum Vorjahr fast halbiert und die Handelsbilanz, die im vergangenen Jahr noch einen Überschuss von rund 10 Mrd. USD verzeichnete, ist nun fast ausgeglichen.

Ausblick ohne Perspektiven: Stagnation oder Wandel ohne Stimme

Oft durch die Terrorereignisse traumatisiert und äußerst limitiert in Auswahl und Möglichkeiten der Aus- und Fortbildung und der Persönlichkeitsentwicklung, unfähig die Geschichte zu bewältigen und die Erinnerung in produktivem Sinn nutzbar zu machen, fühlt sich speziell die jüngere, mehr als die Hälfte der Gesamtbevölkerung ausmachende Generation marginalisiert und von der Politik vergessen. Die gesamtgesellschaftliche Fraktionierung erschwert jungen Menschen noch zusätzlich die Entwicklung eines gemeinsamen Bezugsrahmens und einer vielversprechenden Zukunftsvision, die die Basis eines Engagements für die eigene Gesellschaft bilden könnten. Für Frauen kommt erschwerend der traditionell benachteiligte Status in der Gesellschaft hinzu, der allerdings im Kontext des Werteverfalls und –wandels selbst in Fluss geraten ist und zwischen Liberalisierung, Modernisierung und religiös überhöhter Regression oszilliert.

Das Entstehen neuer politisch-sozialer Eliten setzt dagegen eine selbstbewusste und zielstrebige junge Generation voraus, die an die Möglichkeit von Veränderungen glaubt, offen und empfänglich für Reformgedanken und zum Engagement bereit ist.

Die vor einigen Jahren begonnene politische Liberalisierung wurde nicht konsequent weitergeführt. Das Mehrparteiensystem ist kaum mehr als Fassade, Beschränkungen der Versammlung- und Meinungsfreiheit durch Notstandsverordnungen bestehen unverändert fort.

Die Schaffung physischer und virtueller Debattierräume ist gleichermaßen unabdingbar für die Verallgemeinerung bürgerlicher Werte wie auch für die

Festigung und Verbreitung einer demokratischen Kultur.

Die Unterstützung wirtschaftlicher und sozialer Reformen durch die Gesellschaft stellt einen entscheidenden Faktor für ihr Gelingen dar. Diese Unterstützung bedingt die Information der Gesellschaft über Inhalt und Tragweite der betreffenden Reformen und setzt voraus, dass die sozialen Akteure in der Lage sind, entsprechende Vorhaben zu diskutieren, zu evaluieren und an ihrer (Weiter-/Entwicklung mitzuarbeiten – all dies auch Arbeitsfelder der politischen Stiftungen.

Angesichts der Größe der Herausforderungen und des seit Jahren aufgebauten Erwartungsdrucks manifestiert sich in der erfolgten Wiederwahl des amtierenden Präsidenten und der damit verbundenen Kontinuität in der Regierung vor allem die Schwäche alternativer Kräfte und Personen, die in der Lage wären, dem Unmut in der Bevölkerung eine Stimme zu geben und sich an die Spitze eines gesellschaftlichen Aufbruchs zu stellen.

Kurzfristig ist sicher davon auszugehen, dass das amtierende Regime die Stabilität des Landes gewährleisten wird. Wann allerdings die Enttäuschung über die andauernde politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Stagnation die Oberhand gewinnen wird, wird nicht

zuletzt von der Fähigkeit der Regierung abhängen, die oft konträren Interessen unterschiedlichster Gruppen durch Verteilung der magerer werdenden Renten zu befriedigen.

Je enger der Spielraum zur aktiven Gestaltung der Zukunft wird, desto mehr gewinnt die Figur des – allerdings totkranken – Staatspräsidenten als einzig integrierender Kraft an Bedeutung. Sollte es den wenigen verbliebenen einflussreichen Persönlichkeiten außerhalb der engeren Machtelite nicht gelingen, sich zwischenzeitlich einer gesellschaftlichen Basis und Unterstützung zu versichern und sich an die Spitze einer Bewegung zu setzen, ist eine Eskalation der sozialen Spannungen – spätestens im Falle einer vorzeitigen Beendigung der Amtszeit Bouteflikas – nicht auszuschließen. Auch im Ausland wird dann der Ruf nach Stabilisierung die Bemühungen um Demokratie und Partizipation in den Hintergrund treten lassen.

Und so fasst zusammen, was während des Wahlkampfs als Graffito auf einer der zahlreichen Mauern Algiers zu lesen stand: **Changement démocratique – pas de vote** (Demokratischer Wandel – keine Wahl).

Ansprechpartner:

Anna Maria Kellner, Tel.: 030-26935-7425, E-Mail: anna.kellner@fes.de (verantwortlich)

Simone Döbbelin, Tel.: 030-26935-7426, E-Mail: simone.doebbelin@fes.de

Friedrich-Ebert-Stiftung

Internationale Entwicklungszusammenarbeit, Referat Naher Osten und Nordafrika

Hiroshimastraße 17, 10785 Berlin, Fax: 030-26935-9233

Die Kurzberichte sowie Informationen zur Arbeit der FES im Nahen Osten und Nordafrika finden Sie unter: www.fes.de/mona